

EinreicherInnen: Michael-Alexander Lauter für ADELE. Sachsen

Beratung: 23. Januar 2016

Thema: Agrarpolitische Positionen der LINKEN Sachsen (eine Initiative der LAG ADELE)

Beschlussvorschlag:

1. Der Landesvorstand bestätigt die agrarpolitischen Positionen von ADELE Sachsen.
2. Sie werden in einer Beratung mit den Kreisvorsitzenden erläutert.
3. Gemeinsam mit anderen Dokumenten zur Agrarpolitik werden die agrarpolitische Positionen in einer Broschüre veröffentlicht.
4. Die Fraktion der LINKEN im Sächsischen Landtag wird gebeten, diese in die Erarbeitung von ALEKSA 2.0 einzubeziehen.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Satz und Druck der Broschüre (Landesgeschäftsstelle)

Weitere Maßnahmen: Siehe Beschlusspunkte; Beschlussübermittlung an die Vulkan mit der Bitte um Berufung gemäß Beschluss

Finanzen: 300,00 Euro maximal für den Druck der Broschüre

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Dafür:

Dagegen:

Enthaltungen:

Beschlossen von ADELE. Sachsen – Landestreffen 03.10.2015

Positionspapier für eine multifunktionale, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Sachsen

1 0. Einleitung

2 Einheitsfrontlied gegen den Hunger:

3 *Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zu essen, bitte sehr. Es macht ihn ein*
4 *Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her.*

5 Auf der Welt hungern trotz hehrer politischer Postulate immer noch 800 Millionen Menschen. Sie
6 hungern hauptsächlich in Afrika, Teilen Lateinamerikas und Südasiens. Die wohlgenährte Seite
7 der Welt dagegen verramscht, vernichtet und verteilt in regelmäßigen karitativen Hilfsaktionen
8 Brosamen ihrer landwirtschaftlichen Überproduktion. Diese Ungerechtigkeit wurde ererbt aus
9 kolonialen Vorzeiten, aber sie wird politisch in die Zukunft fortgeschrieben – u.a. durch die
10 Exportorientierung der führenden Landwirtschaften oder auch durch die Bemühungen um
11 Freihandelsabkommen der EU mit den USA oder Kanada.

12 Dabei hat die Erde genug Kraft, auch 10 Milliarden Menschen zu ernähren – wenn ihre
13 vielseitigen Ressourcen in jeder Region von und für die Menschen der Region maßvoll entwickelt
14 und genutzt werden und zwar ganz ohne die trügerischen Heilsversprechen der
15 Hochrisikotechnologie Grüne Gentechnik nutzen zu müssen. Maßvoll schließt ein, dass verfestigte
16 ungesunde Ernährungs- und gedankenlose Verbrauchsgewohnheiten in den reichen
17 Industrienationen, also der inzwischen stagnierende, dennoch noch zu hohe Fleischkonsum und
18 die dramatische Lebensmittelverschwendung, auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt werden.
19 Das ist notwendig, um weltweit Flächenkonkurrenzen abzubauen, aber auch um das
20 verheerende Modellvorbild eines zukunftsfeindlichen Lebensstils zu korrigieren. Eine solche
21 „Entwicklungshilfepolitik“ eröffnet neue spannende Perspektiven - für die Landwirtschaft in
22 Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch für Europa und in Deutschland.

23 Agrarpolitik ist mehr als Produktion von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen in
24 ausreichender Qualität und Quantität. Die heutige Gesellschaft verlangt darüber hinaus die
25 Einhaltung von steigenden Sozial-, Umwelt- und Tierschutzstandards in der Produktion selbst, sie
26 fordert eigenständige Beiträge zum Klimaschutz, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Pflege
27 von Kulturlandschaften, sie mahnt faire globale Handelsbeziehungen an. Multifunktional sowie
28 sozial, ökologisch, tiergerecht und entwicklungspolitisch nachhaltig – eine solche Landwirtschaft
29 muss sich stärker an der Region und an der Qualität ihrer Produkte orientieren. Die allgemeinen
30 kapitalistischen Markt- und Fördermechanismen torpedieren eine solche Entwicklung mit dem
31 Verweis auf eine steigende Nachfrage einer wachsenden Weltbevölkerung.

32 Die Lösung dieses gesellschaftlichen Konflikts ist von ebenso existentieller Bedeutung wie die
33 Frage nach dem Energiesystem der Zukunft. Den Kurs in Europa bestimmen dabei die
34 Mitgliedsstaaten, den Kurs in Deutschland die Bundesländer. Verantwortung darf deshalb nicht
35 delegiert werden. Es kommt auf den politischen Willen zur Kursänderung in der Landwirtschaft
36 an – auch in Sachsen.

37 **1. Charakteristik der sächsischen Landwirtschaft (Stand: 2014)**

38 Die sächsische Landwirtschaft wird geprägt von über 5 500 Landwirtschaftsbetrieben der
39 verschiedensten Rechtsformen, wobei Agrargenossenschaften mit einem Anteil von 3,5 %
40 (190 Betriebe) rund 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften. Knapp
41 30 000 Arbeitskräfte sind im Bereich der Agrar-, Forst- und Fischereiwirtschaft tätig, was
42 dennoch lediglich einem Anteil von 1,4 % an der berufstätigen Bevölkerung in Sachsen
43 entspricht.

44 Die sächsische Landwirtschaft ist technisch modern, hoch effektiv und wirtschaftet weit
45 überwiegend konventionell – ganz ohne Gentechnik. Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche
46 von etwas über 900 000 ha in Sachsen entfallen ca. 80 % auf den Ackerbau und 20 % auf die
47 Grünlandnutzung. Dabei bieten die Lommatzcher und Großenhainer Pflege sowie die Leipziger
48 Tieflandsbucht die besten naturräumlichen Bedingungen in Sachsen, während die sächsischen
49 Heidegebiete sowie die Mittelgebirgslagen mäßige Ertragsbedingungen aufweisen. Die
50 gegenwärtige Viehdichte erscheint trotz enormer Investitionen in den letzten Jahren in Folge
51 staatlicher Förderprogramme mit einem landesweiten Durchschnitt von 0,6 GVE durchaus
52 moderat, allerdings sind starke regionale Konzentrationsprozesse zu verzeichnen.

53 Die Fischwirtschaft in Sachsen bewirtschaftet rund 8.400 ha Karpfenteiche, eine Vielzahl von
54 Forellenteichen und -anlagen sowie drei Warmwasserkreislaufanlagen. Dabei nimmt die
55 Produktion von Karpfen mit 90 % den Hauptanteil ein.

56 Im Gesamtkontext aller deutschen Bundesländer erzeugt Deutschland bereits heute einen
57 deutlichen Milch- und Fleischüberschuss. Der Selbstversorgungsanteil liegt bei Fleisch bei
58 120 %, bei Milch bei 122 % und bei Geflügel bei 109 %. Lediglich bei der Produktion von Eiern ist
59 Deutschland bei 74 % Selbstversorgung auf Importe aus der EU angewiesen, wobei Sachsen
60 allein betrachtet in diesem Bereich eine Vollversorgung erreicht.

61 Nicht gerecht werden kann die sächsische Landwirtschaft allerdings der Nachfrage nach
62 ökologischen Produkten. Das politisch avisierte Ziel von 10 % Ökolandbaufläche wird mit 4 % in
63 2014 deutlich verfehlt. Lediglich 8 % der Agrarunternehmen in Sachsen wirtschaften ökologisch
64 auf überwiegend kleinen Flächen.
65 (Quelle der Zahlen: Agrarbericht Sachsen 2014)

66 **2. Die wirkungsbezogene Bewertung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen**

67 Die intensive landwirtschaftliche Produktion erzielt ihren Effektivitätsvorteil aus ihrer
68 Hochleistungsorientierung. In der Tierhaltung heißt das, dass spezielle Hochleistungsrassen in
69 großen industriellen Anlagen bei geringem Arbeitskräfteeinsatz zum Einsatz kommen. In der
70 konventionellen Pflanzenproduktion gelingt dies über Hochleistungssorten in Verbindung mit
71 einem intensiven Dünger-, Agrochemie- und Technikeinsatz. Lange versuchten einzelne
72 Landwirte dafür, auch die grüne Gentechnik in Sachsen hoffähig zu machen. Sie scheiterten bis
73 in die Gegenwart hauptsächlich an der fehlenden öffentlichen Akzeptanz. Allerdings besteht die
74 Gefahr, dass bei Zustandekommen des Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den
75 USA die Grüne Gentechnik durch die Hintertür salonfähig gemacht wird.

76 Die Agrarwirtschaft ist als Teil der Gesamtwirtschaft verantwortlich für bis zu 30 %
77 klimarelevanter Emissionen. Der Ausstoß der Treibhausgase Methan, Lachgas und CO₂ resultiert

78 aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, von Mineraldünger und Pestiziden, aus der Umwandlung
79 von Grünflächen in Ackerland sowie aus der Tierhaltung.

80 Dagegen steht ein ökologisches Produktionssystem, bei dem auf extensive Tierhaltung und
81 humusbildende Bodenbewirtschaftung abgestellt wird. Es wird verzichtet auf chemische
82 Pflanzenschutzmittel, synthetischen Dünger und Grüne Gentechnik. In der Viehhaltung setzt man
83 auf tiergerechte Haltungssysteme und Mehrnutzungsrasen, deren Futterbedarf überwiegend auf
84 eigenen Flächen erzeugt wird.

85 Bei der Bewertung, welches der landwirtschaftlichen Produktionssysteme für die Gesellschaft
86 vorteilhaft ist und damit politisch besonders unterstützt werden sollte, müssen ihre Wirkungen
87 auf Klima, Umwelt, Tiergesundheit, die Entwicklung der ländlichen Räume sowie die
88 internationale Landwirtschaftspolitik betrachtet werden. Dabei kann es schon aus Gründen der
89 objektiv vorhandenen Flächen- und Betriebsstruktur in Sachsen keine klare Präferenzierung von
90 ökologischem oder konventionellem Produktionssystem geben. Vielmehr gilt es, die
91 Mindestanforderungen für eine umwelt- und tiergerechte landwirtschaftliche Produktion
92 kontinuierlich anzuheben.

93 **2.1. Verantwortung für Umwelt-, Tier- und Klimaschutz**

94 In Sachsen gibt es bereits heute mehr als 150 große, nach Bundesimmissionsschutzgesetz
95 genehmigungspflichtige Tierhaltungsanlagen, weitere befinden sich in Planung. Der Verweis auf
96 insgesamt unterdurchschnittliche Viehbesatzdichten in Sachsen verschleiert die
97 Entwicklungstendenz in der sächsischen Tierproduktion, weil sie regionale
98 Konzentrationsprozesse ausblendet. Aber gerade darauf ist zu achten – insbesondere im
99 Hinblick auf regionale Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Im Landkreis Bautzen verringerte
100 sich beispielsweise die Zahl der hühnerhaltenden Betriebe zwischen 1999 und 2010 auf 60 %,
101 die Tierbestände dagegen schossen auf 280 %. Das ist das klassische Bild eines Wachsen-oder-
102 Weichen-Prozesses, der deutlich macht, dass in keinem Fall nachhaltige Arbeitplatzeffekte
103 durch große Tierhaltungsanlagen zu erwarten sind.

104 Intensive Tierhaltungsanlagen sind sowohl aus Sicht des Tierschutzes als auch
105 betriebswirtschaftlich problematisch. In der Milchviehhaltung gilt die Lebensdauer der Kühe als
106 eine der wesentlichen wirtschaftlichen Kennziffern. Aber auf Hochleistung konditionierte Tiere
107 erkranken häufiger und leben kürzer – trotz immenser Medikamenten-gaben. Insbesondere der
108 präventive Einsatz von Antibiotika birgt durch die Herausbildung von Resistenzen
109 unverantwortliche Risiken für die Humanmedizin. Mehrnutzungen (Fleisch und Milch, Fleisch und
110 Eier) sind ausgeschlossen, was u.a. bei der Legehennenzucht zur hoch umstrittenen, weil
111 tierschutzwidrigen Tötung männlicher Küken führt.

112 Außerdem können intensive Tierhaltungsanlagen mit hohen Tierbeständen ihren
113 Futtermittelbedarf nicht mehr über betriebseigene Flächen decken und sind auf Zukäufe
114 angewiesen. Schwierig gestaltet sich auch die Entsorgung von Gülle und Mist. Dadurch ergeben
115 sich einerseits zusätzliche Transport- und Verwertungsaufwendungen. Andererseits bindet
116 insbesondere die Produktion von Eiweißkraftfutter (Soja) häufig im Ausland Flächen, die der
117 dortigen Lebensmittelproduktion entzogen werden. Zusätzlich öffnet ein solcher globaler
118 Futtermittelverkehr der grünen Gentechnik Tür und Tor und birgt hohe Risiken für die
119 Verbraucher aufgrund schwer kontrollierbarer Manipulations- und Verunreinigungsquellen
120 (Futtermittelskandale).

121 In der Pflanzenproduktion werden die ersten Auswirkungen des Klimawandels deutlich. Gerade
122 an Standorten mit ungünstigen natürlichen Bedingungen (Ungunststandorten) werden in Zukunft
123 höhere Produktionsaufwendungen notwendig, denn zunehmend muss gerade in Ost- und
124 Nordsachsen verstärkt bewässert werden, um Erträge zu sichern.

125 Eine weitere Folge einer intensiven Pflanzenproduktion ist die Verarmung der Böden sowie die
126 Verunreinigung des Grundwassers durch hohe (Schad)Stoffeinträge
127 (Nitrat/Phosphat/Pflanzenschutzmittel). Gemäß der bereits seit dem Jahr 2000 geltenden
128 europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sollten bis Ende 2015 alle Gewässer in der EU
129 einen guten Erhaltungszustand aufweisen. In Sachsen wird die Zielstellung weit verfehlt. Etwa
130 24 % der sächsischen Grundwasserkörper und 5 % der Oberflächenwasserkörper befinden sich
131 beispielsweise aktuell wegen des Parameters Nitrat in einem schlechten chemischen Zustand.
132 Wälder tragen mit einem Anteil von etwa 20 % und die Landwirtschaft zu einem Anteil von knapp
133 50 % zu Stickstoffeinträgen in das Ökosystem Wasser bei.

134 Ein weiteres Ergebnis dieser intensiven Produktionsstrategie ist der auch in Sachsen andauernde
135 Artenschwund in der Agrarlandschaft, der bisher weder durch Projekte im Rahmen des
136 „Programms zur biologischen Vielfalt im Freistaat Sachsen“ oder Agrarumweltmaßnahmen
137 gebremst werden konnte, hauptsächlich, weil sie personell und finanziell unterfinanziert
138 und/oder die Antragsstellung zu aufwendig ist.

139 **2.2. Verantwortung für die Entwicklung der ländlichen Räume**

140 Die Preise für viele landwirtschaftliche Produkte sind in Deutschland im Vergleich zu hiesigen
141 Durchschnittseinkommen aber auch verglichen mit Lebensmittelpreisen in Europa niedrig.
142 Lediglich 11 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens geben Deutsche für ihre Nahrung
143 aus. In Osteuropa liegt der Anteil schnell bei über 30 %, in Frankreich und Italien bei etwa 15 -
144 20 %.

145 Im Umkehrschluss verdienen Beschäftigte in der Landwirtschaft immer noch
146 unterdurchschnittlich: In Sachsen erhielt ein Arbeitnehmer noch im Jahr 2014 mit einem
147 Bruttolohn von rund 18 TEuro im Jahr lediglich 75 % eines sächsischen Durchschnittsverdieners.
148 Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes auch in der Landwirtschaft war deshalb
149 überfällig. Trotzdem werden ländliche Räume – zwar inzwischen in abgeschwächtem Maß –
150 weiter geprägt von Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen. Auch wenn
151 Grüne Berufe – u.a. durch eine inzwischen hohe Technisierung und Automatisierung – an
152 Attraktivität für junge Menschen gewinnt, fehlen weiter Auszubildende, um die Altersabgänge
153 auszugleichen. Auch das verstärkt den Intensivierungsdruck.

154 Demgegenüber wachsen die Produktionsaufwendungen parallel zum Anstieg der Energie-,
155 Futter- oder Düngemittelpreise sowie die klimatischen Unwägbarkeiten (Ernteauffälle wegen
156 Hochwasser/Starkniederschläge/Frühjahrstrockenheit) als Folge des bereits spürbaren
157 Klimawandels.

158 Konzentrationsprozesse finden auch statt in der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie. Gab es
159 beispielsweise im Jahr 1991 noch 30 Molkereien in Sachsen, arbeiten heute zwei weltweit
160 agierende Molkereien und fünf kleine bis mittlere. Insgesamt ist die Verarbeitungskapazität für
161 Milch in Sachsen größer als die hier erzeugte Menge. Dagegen gibt es seit 2012 keinen
162 Schlachthof mehr in Sachsen. Beides produziert unnützen Verkehr. Im Verbund mit der
163 Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels stehen den Landwirtinnen und Landwirten gut

164 organisierte Partner mit starken Verhandlungspositionen gegenüber, die bei einem allgemeinen
165 Überangebot von Nahrungsmitteln wenig Interesse an erzeugergerechten Preisen haben. Daraus
166 resultieren absurde Preisunterbietungskämpfe großer Handelsketten, besonders der Discounter,
167 die regelmäßig zu Protesten der Landwirte führen.

168 Der Landwirt steht vor der schwierigen Entscheidung, auf den wachsenden Existenzdruck durch
169 fortgesetztes Wachstum zu reagieren oder innerhalb seiner Region auf hohe Qualität,
170 Kooperation und Eigenvermarktung zu setzen.

171 **2.3. Verantwortung für Entwicklungs- und Schwellenländer**

172 Die deutsche/sächsische Überproduktion von Nahrungsmitteln wird zum größten Teil im
173 europäischen Raum abgesetzt. Bereits aus diesem Warenverkehr ergeben sich teilweise
174 unnötige Transportaufwendungen sowie Verbraucherschutzprobleme aufgrund zahlreicher
175 potentieller Verunreinigungsquellen. Ein kleiner Teil der Überproduktion gelangt jedoch auch in
176 Entwicklungs- und Schwellenländer. Bemerkenswert ist, dass sich der Export aus der EU im
177 Zeitraum 2005 bis 2010 nach Afrika um den Faktor 2,3 auf inzwischen über 1.106 Mill. Euro und
178 nach Asien immerhin noch um den Faktor 1,8 auf 3.124 Mill. Euro erhöht hat. Die dortigen
179 kleinbäuerlichen Strukturen können aber schon durch geringe europäische Importanteile an
180 agrarischen Produkten empfindlich gestört werden. Die Folge davon sind Verarmung und
181 Landflucht sowie Flüchtlingsströme, die bis nach Deutschland reichen. Statt
182 Freihandelsabkommen, die die einheimischen Produzenten in Konkurrenz zu Billigimporten aus
183 der EU und den USA setzen und sie am Ende vernichten, sind die Prinzipien des fairen Handels,
184 die soziale und ökologische Aspekte vor den finanziellen Gewinn setzen als Beitrag zu einer
185 nachhaltigen Entwicklung zu bevorzugen.

186 Eine ethisch verantwortungsvolle Agrarwirtschaft muss sich am Leitbild der Ernährungs-
187 souveränität orientieren, d.h. Nahrung soll vorwiegend regional produziert und vermarktet
188 werden. Kleinbauern brauchen Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser und vor
189 allem Saatgut. Staaten sollen sich gegen die Einfuhr subventionierter Lebensmittel schützen
190 können.

191 **3. Politische Handlungserfordernisse/Entwicklungsmöglichkeiten**

192 Ziel einer Agrarpolitik aus Sicht der LINKEN sollte eine multifunktionale, flächendeckende
193 Landwirtschaft sein, die den Bedarf an Grundnahrungsmitteln in einer hohen Qualität mit einer
194 umwelt- und tiergerechten Produktionsweise in regionalen Wirtschaftskreisläufen sichert und für
195 ihre Produkte existenzsichernde Erzeugerpreise als Voraussetzung für gute Löhne für die
196 Beschäftigten in der Landwirtschaft realisieren kann. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln hat
197 Vorrang vor Industrie- und Energierohstoffen. Dazu sind nachfolgende Entwicklungen politisch zu
198 unterstützen:

- 199 **1.** Kostendeckende Erlöse als Basis für existenzsichernde Löhne:
200 Die Bemühungen der Landwirte, für qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln
201 kostendeckende Erlöse zu erhalten, sind zu unterstützen, z. B. durch die Festsetzung von
202 Preisuntergrenzen oder die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen. Dadurch u. U.
203 steigende Lebensmittelpreise sind für Menschen mit geringen Einkommen durch
204 steigende Sozialleistungen auszugleichen.

- 205 2. Binnenmarkt statt Weltmarkt – Eigenproduktion statt Import
206 Die landwirtschaftliche Produktion ist vorrangig auf die Versorgung des Binnenmarktes
207 (regionale Wirtschaftskreisläufe) zu orientieren. Exporte von Lebensmitteln in großen
208 Mengen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländer, sind abzulehnen, um die
209 dortige Eigenversorgung nicht zu zerstören und hier den Intensivierungsdruck zu
210 verringern. Der bodengebundenen Tierproduktion mit Eigenerzeugung von Futter ist vor
211 Importen von Futtermitteln der Vorrang zu geben. Besonders die Freihandelsabkommen
212 mit den afrikanischen Ländern (EPA – EU mit ostafrikanischen Ländern) tragen zur
213 Vernichtung der Agrarmärkte in diesen Ländern bei.
- 214 3. Freihandelsabkommen TTIP und CETA ablehnen:
215 Die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Kanada
216 (CETA) sind abzulehnen, weil sie das Einfallstor für die bisher abgelehnte Grüne
217 Gentechnik in Europa wären, weil sie Verbraucher-, Umwelt- und soziale Standards
218 aufweichen und demokratische Rechte der Staaten durch private Schiedsgerichte
219 ersetzen wollen.
- 220 4. Klimaschutz/Förderung Ökolandbau:
221 Die Klimabelastung der landwirtschaftlichen Produktion resultiert aus zu hohem
222 Düngereinsatz, Tierbesatz und intensiver Bodenbewirtschaftung. Es sind daher gezielt
223 Produktionsmethoden zu fördern, die den Mineraleinsatz reduzieren, das
224 Anbaumanagement im Ackerbau optimieren, Erosionen vermeiden, eine
225 standortgerechte, flächengebundene Tierhaltung berücksichtigen und den spezifischen
226 Energieeinsatz verringern bzw. aus eigener Erzeugung (Bioenergie) decken. Der
227 Ökolandbau erfüllt diese Kriterien vollumfänglich und ist deshalb besonders zu fördern.
228 Eine Teilumstellung von Flächen auf Ökolandbau sollte angesichts niedriger
229 Zuwachsraten im Bereich trotz hoher staatlicher Prämien weiterhin möglich sein. Die
230 fachliche Beratung ist auszubauen.
- 231 5. Intensivierung der landwirtschaftlichen Forschung:
232 Die (ökologische) Züchtungsforschung bei Pflanzen ist mit den Zielen einer genetischen
233 Vielfalt bei hoher Pflanzengesundheit sowie guter Ertrags- und Qualitätsstabilität und
234 Klimawandeltoleranz sowie bei Tieren mit den Zielen Robustheit, Lebensdauer,
235 Mehrfachnutzung finanziell stärker zu fördern.
- 236 6. Agrogentechnik:
237 Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ist abzulehnen – sowohl
238 aus Gründen des Schutzes für die Biodiversität als auch aus agrarischen Gründen,
239 denn der Hunger der Welt ist ein Verteilungs- und Eigentumsproblem und kein Problem
240 der Produktionsquantitäten.
- 241 7. Flächeninanspruchnahme:
242 Die fortgesetzte Inanspruchnahme und Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen
243 durch Infrastrukturmaßnahmen, Siedlungsbau, Rohstoffgewinnung ist deutlich
244 zurückzuführen. Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sollen gezielt der
245 Entsiegelung von Brachflächen und Aufwertung von strukturarmen Landschaften dienen.
- 246 8. Sicherung des landwirtschaftlichen Bodens für die Landwirte:

247 Der Konzentration landwirtschaftlicher Flächen in den Händen von finanzstarken
248 außerlandwirtschaftlichen Investoren aufgrund steigender Rentabilität von Boden und
249 Agrarbetrieben ist entgegenzuwirken, in dem staatliche Interventionsmaßnahmen im
250 Boden- und Grundstücksverkehr bei Gefährdungen der Agrarstruktur gesetzlich gestärkt
251 werden. (siehe: Landtagsfraktion Die LINKE Sachsen: Entwurf
252 Agrarstrukturverbesserungsgesetz – Bodenfonds - 2014)

253 9. Biologische Vielfalt:

254 Programme zur Förderung der biologischen Vielfalt sowie zur Biotopvernetzung sind
255 finanziell auszubauen, die Antragstellung ist zu entbürokratisieren, die
256 Förderbedingungen für Agrarumweltmaßnahmen sind zu vereinfachen.
257 Schlussfolgerungen aus einzelnen Umweltzustandserhebungen (Wald, Wasser, Luft,
258 Boden) sind im Sinne einer Gesamtökobilanz zu ganzheitlichen staatlichen
259 Handlungserfordernissen zusammenzuführen.

260 10. Bildung:

261 Die Umwelt- und Ernährungsbildung als Voraussetzung zur Erhöhung umwelt-,
262 gesundheits- und mengenbewussten Nahrungsmittelkonsums, insbesondere zur Senkung
263 des Fleischkonsums, ist gezielt auszubauen:

264 a. Schulküchen – Schulinvestitionsprogramm ergänzen durch Förderung von
265 Schulküchen

266 b. (Praktische) Ernährungskunde als Bestandteil des sächsischen Bildungsplanes

267 c. Beteiligung an(europäischen) Förderprogrammen, u.a. Schulfruchtprogramm

268 11. Verbraucherschutz:

269 Zur Erhöhung des Verbraucherschutzes sind die Landes- und kommunalen Kontrollorgane
270 personell und finanziell aufzustocken. Konsequenz ist auf die Verringerung des
271 Medikamenten- und Antibiotikaeinsatzes hinzuwirken. Durch Maßnahmen der staatlichen
272 Öffentlichkeitsarbeit begleitet durch wirtschaftsgetragenes Marketing sind Bewusstsein
273 und Wertschätzung für qualitativ hochwertige, regionale und saisonale Lebensmittel zu
274 fördern, um der Lebensmittelverschwendung zu begegnen.

275 12. Tierschutz:

276 Zur Erhöhung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung ist auf die Einführung einer
277 Zertifizierung für Tierhaltungssysteme (Tierschutz-TÜV) hinzuwirken und
278 Investitionsförderungen an höchste wissenschaftliche Standards bei Haltungssystemen
279 zu binden. Die flächendeckende Einführung des zweistufigen Tierschutzlabels „Für Mehr
280 Tierschutz“ ist zu unterstützen.

281 13. Fairer Handel:

282 Beim globalen landwirtschaftlichen Warenverkehr sind Regularien zu schaffen, die soziale
283 und ökologische Mindestanforderungen voraussetzen. Hier ist mit Non-Profit-
284 Organisationen ein Katalog von Anforderungen zu entwickeln.

Anlage 1

Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der 5. und 6. Wahlperiode zum Thema Landwirtschaft/Ernährung/Boden/Gentechnik

Antrag:

Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit den Wirkstoffen Clomazone und Glyphosat stärker reglementieren und Auswirkungen weiter erforschen (DS 6/2666)

Antrag:

Teilnahme Sachsens am Schulobstprogramm der Europäischen Union (DS 6/252)

Gesetzentwurf:

Gesetz zur Einführung eines Sächsischen Agrarstrukturverbesserungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (DS 5/10554)

Antrag:

Anbauverbot für gentechnisch veränderten TC 1507-Mais, MON 810-Verbot aufrecht erhalten, Agrogentechnik-Zulassungen auf den Prüfstand (DS 5/13373)

Antrag:

Rückstände glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel effektiv überwachen und den Einsatz dieser Mittel in Sachsen einschränken (DS 5/6372)

Große Anfrage:

Strukturen der Tierhaltung und Stand des Tierschutzes in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Sachsen (5/6292)

Antrag:

Sicherstellung des Erwerbs der verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen der BVVG durch den Freistaat Sachsen – Treuhandflächen nicht zu Spekulationsobjekten werden lassen und Umweltziele erfüllen (DS 5/5322)

Antrag:

8-Punkte-Programm für gentechnikfreie Landbewirtschaftung (DS 5/5321)

Antrag:

Zukunftsweisenden Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 (DS 5/4277)

Anlage 2

Kathrin Kagelmann
Sprecherin für Agrarpolitik

17. 12. 2010

Positionspapier

zur künftigen Ausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) aus linker Sicht

Hintergrund:

Mit den Verhandlungen zur neuen europäischen Finanzperiode 2014 – 2020 und dem Auslaufen der Verordnungen zu den Strukturfonds Ende 2013 befindet sich die Europäische Union in einer bedeutenden Debatte um die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Politik.

Für die GAP werden annähernd 60 Mrd. Euro im EU-Haushalt bereitgestellt. Das entspricht einem Anteil von mehr als 40 % des Gesamt-EU-Etats.

Das Finanzierungsmodell im Landwirtschaftssektor bedient sich zweier Säulen: Aus der I. Säule werden die betrieblichen Direktzahlungen gezahlt. Die II. Säule dient der Entwicklung des ländlichen Raumes allgemein, einschließlich von Agrarumweltmaßnahmen. Im Gegensatz zur I. Säule müssen die Mittel der II. Säule von den Mitgliedsstaaten kofinanziert werden.

Historie:

Die Europäische Agrarpolitik wurde erstmals 1957 vertraglich geregelt. Die damals formulierten Ziele des Vertrages bestanden in der

- Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts/Rationalisierung
- Gewährleistung eines angemessenen Pro-Kopf-Einkommens der Beschäftigten in der Landwirtschaft
- Stabilisierung der Märkte
- Sicherung der Versorgung mit preiswerten Lebensmitteln.

Diese Ziele wurden trotz mehrerer Reformen der GAP ab dem Jahr 1992 auch im aktuellen Vertrag der EU (Lissabon-Vertrag) wortgleich übernommen.

Allgemeine Lagebeschreibung:

Die heutige europäische, aber insbesondere auch deutsche Landwirtschaft ist von hoher Produktivität gekennzeichnet, die auf einer kleiner werdenden Fläche mit einer sinkenden Anzahl von Beschäftigten eine wachsende Masse hochwertiger Lebensmittel und landwirtschaftlicher Rohstoffe produziert und dabei einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaften leistet.

Beispiel Sachsen: Seit 1991 ging der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft um 60% zurück. Im gleichen Zeitraum stieg die Bruttowertschöpfung je Arbeitskraft um den Faktor 4.

Die Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft führt dazu, dass die EU seit 2003 der weltweit größte Exporteur von Agrarprodukten vor den USA und Brasilien ist.

Die Direktzahlungen aus der I. Säule an die Betriebe sind an zahlreiche Auflagen aus verschiedenen Bereichen (Grundanforderungen an die Betriebsführung u.a. zu Naturschutz, Tierkennzeichnung, Erosionsschutz, Lebens- und Futtermittelsicherheit; bekannt als *Cross-Compliance-Vorschriften*) gebunden. Neben Umweltverbänden bemängeln jedoch das Bundesamt für Naturschutz und der Sachverständigenrat für Umweltfragen anhaltend, dass durch die Vorgaben keine Verbesserungen insbesondere im Bereich der Artenvielfalt aber auch bei Stoffeinträgen in Gewässer eintreten.

Aus den Mitteln der II. Säule soll mithilfe zahlreicher Landesprogramme auf Grundlage des EPLR (Entwicklungsplan ländl. Raum) u.a. durch Investitionszuschüsse die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe gestärkt, durch Agrarumweltprogramme der Zustand von Natur und Landschaft verbessert und u.a. durch Förderung des Fremdenverkehrs und Dorferneuerung lebenswerte Dorfstrukturen gefördert werden.

Die Landwirtschaft steht global, europaweit und national vor neuen Herausforderungen:

- Verlust der Biodiversität (Beispiel Sachsen: alarmierende Zustände bei Vogelarten der offenen Feldflur – Bodenbrüterprogramm)
- Beitrag zum Klimaschutz und steigende Anforderungen an nachhaltigen Energiepflanzenanbau
- Nachhaltiges Boden- und Wassermanagement
- Ernährungssicherheit
- Arbeitsplatzverluste in der Landwirtschaft und Landflucht

Unabhängig von der ethischen Dimension der einzelnen Faktoren hängt von der Annahme und produktiven Bewältigung der Herausforderungen die ökologische, soziale und ökonomische Basis künftiger Gesellschaften ab. Sie ist damit existentiell für die Sicherung der Ernährung, der Lebensverhältnisse und des Rohstoffbedarfs kommender Generationen.

Auch in Sachsen ist das Problem der sich entleerenden ländlichen Räume evident. Der sächsischen Landwirtschaft fehlen jährlich etwa 500 Auszubildende in Grünen Berufen. Der Fachkräftemangel und zunehmend ungeklärte Betriebsnachfolgen sind u.a. Folge einer unterdurchschnittlichen Entlohnung im Agrarbereich. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes liegt der Brutto-Durchschnittsverdienst im Agrar- und Forstbereich mit 10,- € pro Stunde noch unter dem Lohnniveau des Hotel- und Gaststättengewerbes in Sachsen.

Globale Wirkungen/ Fehlentwicklung der GAP:

Förderung einer Überschussproduktion und Exportsubventionierung

Die hochproduktive Landwirtschaft Europas erzeugt Überschüsse, die mittels hoher Exportsubventionen und staatlicher Interventionsinstrumente (Aufkauf/Lagerung) erst auf dem Weltmarkt handelsfähig werden. Diese Eingriffe in den Agrarmarkt konnten starke Schwankungen und tendenziell zu niedrige Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht verhindern. Im Ergebnis wächst der Konkurrenzdruck innerhalb des Agrarsektors, es vollziehen sich schmerzhaft Konzentrationprozesse („Wachsen oder Weichen“).

Gleichzeitig ist die Mär von der Ernährung der Welt durch die industrialisierten Länder nicht aufrechtzuerhalten – beispielsweise kommen die Eiweißfuttermittel für die europäische Tierproduktion mittlerweile zu etwa 78% aus Übersee, vorwiegend Südamerika.

Verheerend ist die Überschussproduktion und Exportsubventionierung ebenso aus entwicklungspolitischer Sicht. So weisen zahlreiche Entwicklungshilfeorganisationen daraufhin, dass das Angebot von billigen (weil subventionierten) Agrarprodukten aus Europa auf dem Weltmarkt die Erzeugerstrukturen in Entwicklungsländern zerstört.

Ziele einer neuen GAP:

- Entwicklung einer flächendeckenden, multifunktionalen Landwirtschaft
- Nachhaltige Lebensmittel- und Rohstoffbereitstellung über regionale Kreisläufe
- Erhalt einer artenreichen Kulturlandschaft und aktiver Beitrag zum Klimaschutz
- Sicherung lebenswerter ländlicher Regionen

Modell der LINKEn (vgl. Anlage):

Das Konzept wurde im Frühjahr 2010 auf einer mehrtägigen Klausur von Abgeordneten und Beraterinnen und Beratern der Fraktionen der LINKEn aus Landtagen und Bundestag sowie Vertretern der BAG Agrarpolitik/ ländlicher Raum beim Parteivorstand DIE LINKE erarbeitet. Es bezieht sich zunächst allein auf die I. Säule.

Die LINKE hält vorerst an dem eingeführten Zwei-Säulen-Modell fest. Allerdings wollen wir die flächenbezogenen Direktzahlungen der I. Säule an konkrete ökologische (Umweltprämie) und soziale (Arbeitsprämie) Kriterien binden. (vgl. Anlage)